

Ulbricht von „Parteifeinden“ umgeben?

Die Hintergründe einer sensationellen Rede des 1. SED-Sekretärs

Auf der vergangenen 30. Tagung des SED-Zentralkomitees mußte sich Ulbricht erstmals seit Beginn der großen Ostblock-Krise offen mit „partei feindlichen Umtrieben“ innerhalb seines eigenen Führungsapparates auseinandersetzen. Wer bisher glaubte, der Fall Harich sei der einzige dieser Art während der vergangenen Monate gewesen, mußte nach Ulbrichts eigenen Worten erkennen, daß die geistige Revolte gegen die Politik des 1. SED-Sekretärs bedrohlichen Umfang angenommen hat. Vor allem die Wirtschaftswissenschaftler und Partei-Philosophen — unter ihnen prominenteste Namen — nutzten die Vorgänge in Polen und Ungarn, um Ulbrichts pseudo-wissenschaftlichen Theorien den Todesstoß zu versetzen. In diesem Zusammenhang taucht immer häufiger die Frage auf: Gibt es bereits heute in der SED eine so starke Opposition, daß diese auf friedlichem Wege einen Kurswechsel der Pan-kower Stalinisten erzwingen kann?

Liest man das aufsehenerregende Referat Ulbrichts, erscheint diese Frage durchaus berechtigt. In fast allen wissenschaftlichen Instituten der Sowjetzone — vornehmlich an solchen, die sich mit marxistischen und ökonomischen Fragen zu befassen haben, — sind laut Ulbricht prominente „Partei-feinde“ mit jugoslawischen, polnischen und ungarischen Theorien offen auf den Plan getreten.

Die parteitheoretische Zeitschrift „Einheit“ soll sich in der Gewalt solcher „Agenten und Revisionisten“ befunden haben. In der Kulturbund-Zeitschrift „Sonntag“ sowie in anderen führenden Wochenzeitungen der Zone sollen die Vertreter der Ulbricht-Linie unterdrückt und gemäßregelt worden sein. An der Parteihochschule und an den Abenduniversitäten sollen Theorien des „jugoslawischen Ketzers“ Kardelj gelehrt worden sein. Der schon einmal gemäßregelte SED-Ökonom Prof. Behrens weigerte sich, seine vernichtende Kritik an der Ulbrichtschen „Verelendungstheorie der Entwicklung in Westdeutschland“ zu widerrufen. Der Leipziger Professor Bloch trat offen gegen die SED-Diktatur an

den Universitäten auf, andere führende SED-Wissenschaftler riefen ihre Schüler und Assistenten zur „Entfaltung echten Meinungsstreites“ auf.

Nur „geistige Führer“

Dies sind die Grundzüge einer echten und ernst zu nehmenden kommunistischen Opposition. Kaum einer der von Ulbricht Angegriffenen sympathisiert mit dem Westen, alle aber sind sie sich darüber im klaren, daß Ulbrichts Weg in den politischen und wirtschaftlichen Abgrund führen muß und führen wird. Die Tragik dieser SED-Opposition ist es jedoch, daß sie sich nur aus „geistigen Führern“ rekrutiert. Kein einziger organisatorisch mächtiger Parteisekretär befindet sich unter ihnen. Ulbricht hat es verstanden, in den letzten Jahren alle SED-Funktionen in den Bezirksleitungen mit ihm ergebenen oder zumindest politisch unwirksamen Leuten zu besetzen. Während an solchen Universitäten wie Leipzig, Jena und Rostock, an der Ostberliner Parteihochschule und an den marxistischen Instituten des Zentralkomitees der offene ideologische Kampf gegen Ulbricht entbrennt, verhalten sich die dort amtierenden SED-Sekretäre passiv und uninteressiert.

Viele Mitglieder erfahren überhaupt nichts von diesen Dingen. Die „Opposition“ kämpft ohne Unterstützung ihrer Genossen, durch mangelnde Verbindung zu der Masse der Parteimitglieder isoliert.

Keine Einigkeit

Es wäre falsch, sie darum anzugreifen oder gar zu verurteilen. Der totalitäre Apparat der SED macht es den Führern einer geistigen Revolte unmöglich, vorzeitig Verbindung zur Masse der Parteimitglieder aufzunehmen. Dazu kommt, daß sich diese SED-Opposition durchaus nicht einig in ihrer endlichen Zielsetzung ist. Unter solchen Voraussetzungen gelang es Ulbricht, die drohende Gefahr zu erkennen und sie mit dem „Argument“ radikaler Verhaftungen und Amtsenthebungen zu beseitigen.

Gibt es einen Gomulka?

Immerhin war der organisierte Widerstand Ulbrichts soweit gediehen, daß sich ganze Zeitungen in der Hand der „Verschwörer“ befanden und ganze Parteileitungen wie die des „Instituts für Wirtschaftswissenschaften“ offen Rechenschaft von Ulbricht zu verlangen wagten. Hätte es in dieser Situation wie in Polen einen Gomulka, einen einzigen Mann mit dem Odium des „Nationalkommunisten“, gegeben, — er hätte innerhalb weniger Wochen die Parteiführung der SED in die Hand bekommen können.

Dies ist die zweite Tragödie der SED-Opposition. Ihr fehlt ein führender Kopf. Kein Dahlem kann heute mehr den Anspruch des geistigen Widerstands erheben, alle — Abusch, Merker, Jendretzky und wie sie alle heißen — haben vor der Macht Ulbrichts kapituliert!

Bulganius Botschaft

DT. Auffallend eilig hat Moskau die begreifliche Ungeduld in Deutschland befriedigt durch das Veröffentlichende der Bulganius-Botschaft. Schon dieser Vorgang verstärkt den bei sowjetischen Noten, Briefen und Botschaften ohnehin bestehenden Verdacht, es vor allem mit einer propagandistischen Aktion zu tun zu haben. Es kam Moskau im vorliegenden Falle darauf an, die in besonderer Tonart abgefaßte Botschaft zur vollen Wirkung zu bringen, uneingeschränkt oder gar widerlegt durch gleichzeitige Bonner Kommentierungen. Denn wer ahnungslos und unbelastet vom Wissen und Erkennen sowjetischer Praktiken in Westdeutschland Bulganius Worte vernimmt, muß nicht nur überrascht sein, sondern womöglich auch angenehm berührt von den mit-schwingenden „freundschaftlichen“ Klängen, die weder die sonst üblichen harten Herausforderungen noch die haßerfüllten Beschuldigungen im SED-Jargon aufkommen lassen.

Nein, keine Rede mehr davon bei Bulganius. Er nähert sich als Freund. Als so guter Freund, daß er den aggressiven Kräften außerhalb Deutschlands die Schuld gibt, die Bundesrepublik auf den „verhängnisvollen Weg“ gegen ihre eigenen nationalen Interessen zu treiben, jenen Kräften, die dann „straflos in fernen Winkeln des Erdballs abwarten“, daß ihnen die Deutschen die „Kastanien aus dem Feuer“ holen. Die Deutschen sollen also nach Bulganius Worten Kanonenfutter werden für die Amerikaner, die ja „unter Ausnutzung der geographischen Verhältnisse“ in fernen Erdenwinkeln leben. Das ist der Höhepunkt aller massiven Aufforderungen an Deutschland, die amerikanische Freundschaft zu kündigen, um sich den Sowjets in die Arme zu werfen!

Und wenn das geschehen würde, wenn diese westdeutsch-sowjetische Liaison ohne vorherige Sicherung in den Fangarmen Moskaus beginnen würde — nur durch das Vor-

plänkeln von Handels- und Kulturbeziehungen scheinbar solide legitimiert —, wäre die Sowjetunion bereit, am Überwinden der Hindernisse bei der Wiedervereinigung mitzuhelfen. Voraussetzung bleibt unverändert die Aussöhnung des Bundes mit der DDR. Dies ist neben der Propagandaabsicht der zweite Verdacht, den die Bulganius-Note auslöst: daß sie mit einer Hilfe bei der Wiedervereinigung lockt, die eine Hilfestellung zur Durchsetzung der „demokratischen DDR-Erregungenschaften“ auch auf das übrige Deutschland bedeutet. Ist dieser Verdacht unbegründet, kann Bulganius dies durch Angaben über Art und Weise seines Hilfeangebots feststellen. Hier, im Mangel an deutlichen Erklärungen der Sowjets über ihre praktische Hilfe bei Wiedervereinigungsgesprächen jeglicher Art, liegt doch der Kern der Ungewißheit und des Mißtrauens. Es wächst um so mehr, je öfter Moskau die unrealistische Annäherung Bonns an Pankow als Voraussetzung der Einheit fordert.

Ihre besondere propagandistische Note erhält diese Forderung jetzt in der Zeit des lebhaften westdeutschen Wahlkampfes. So falsch es wäre, nun alles durch die von Wahlkampfdrüsten beschlagene Brille der Parteifanatiker zu sehen, so leichtfertig wäre es auch, Bulganius Spekulieren um diese westdeutsche Entscheidungswahl zu unterschätzen. Was er jetzt mit freundschaftlichen Worten sagt, ist im Endeffekt nichts anderes als eine neue Formulierung der Aufforderungen, sich auch von der NATO zu lösen und den Aufbau der Bundeswehr einzustellen, wozu ja in jedem Falle ein besonders hohes Maß von Vertrauen zur Friedensliebe Moskaus gehört und zu seiner Respektierung irgendeiner Neutralisierung Deutschlands etwa nach österreichischem Vorbild (wiewohl gerade das neutrale Österreich wegen seiner einwandfreien Haltung gegenüber Ungarn jetzt schärfstens Dauerattacken der Sowjetpresse ausgesetzt ist). Also eine neuen Wahlhilfe für die SPD, gerichtet an Adenauer? Hätte Bulganius schon Gelegenheit gehabt, das Bundesgebiet ausgiebig zu bereisen und seine Bewohner kennenzu-

lernen, könnten ihm solche psychologischen Schnitzer nicht mehr passieren.

Sosehr man es trotz aller Hinterabsicht wohlthuend empfinden mag, nicht mit der Sprache Molotows oder Ulbrichts angedert zu werden: die freundschaftlichen Worte Bulganius sind enttäuschend, weil ihre Realisierung durch die Sowjets verhindert wird und nicht umgekehrt. Das ist keine Polemik, aber eine bedauernde Feststellung. In der Zone, wo die deutsch-sowjetische Freundschaft am ehesten bestehen könnte, besteht sie am wenigsten. Dort rühmt man sich offiziell der Freundschaft mit Moskau und malt damit das Trugbild einer deutsch-sowjetischen Freundschaft über den Hintergrund der entgegengesetzten Einstellung der Bevölkerung. Sucht Bulganius eine solche Freundschaft? Verständlich ist es, daß die Sowjetunion nach dem Prestigeverlust in Ungarn und dem dort gesäten neuen Mißtrauen nun neue Kontakte wünscht und sich wieder zu Frieden und Völkerglück ausdrücklich bekennt. Beweise könnten überzeugend in der Deutschlandpolitik erbracht werden. Das aber kann nicht geschehen, wenn man auf wirtschaftlichem Gebiet von „kolossalen Möglichkeiten“ spricht und dabei Handelsverbindungen in Aussicht stellt, die nur sehr beschränkt verwirklicht werden können. Und es kann am allerwenigsten geschehen durch falschen Alarm in der deutschen Öffentlichkeit. Das deutsch-sowjetische Verhältnis muß gebessert werden. Dafür steht ein diplomatischer Apparat zur Verfügung mit allen Möglichkeiten, es zu vernünftigen Verhandlungen kommen zu lassen — wenn man eine Lösung will.

Neue Sowjetnote

DT. Was wir gestern bei der Beurteilung der Bulganius-Botschaft an Adenauer feststellen konnten, wird jetzt durch die Sowjetnote an die Westmächte bestätigt: die Sowjetunion versucht, wieder als akzeptabler und friedlicher Verhandlungspartner „ins Gespräch“ zu kommen, nachdem sie mit ihrem Eingreifen in Ungarn der Welt

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

USA unterstützen Euratom

Lieferung von spaltbarem Material

Washington (AP). Die USA haben erneut ihre Zusammenarbeit mit der geplanten Europäischen Atomenergiegemeinschaft (Euratom) in Aussicht gestellt und ihre Unterstützung, insbesondere durch Lieferung von spaltbarem Material zugesagt. Zum Abschluß der fünftägigen Besprechungen, die der dreiköpfige Euratom-Ausschuß der Montanunion - Staaten in Washington geführt hat, haben der Ausschuß, die US-Atomenergie-Kommission und das US-Außenministerium in einer gemeinsamen Erklärung die Ansicht vertreten, daß durch die Verwirklichung des Euratom-Projekts die europäische Energieversorgung für die Zukunft sichergestellt werden kann.

Die Washingtoner Besprechungen des Ausschusses, dem Franz Etzel (Bundesrepublik), Louis Armand (Frankreich) und Professor Francesco Giordani (Italien) angehören, sollten vor allem die Frage klären, wie weit der wachsende Energiebedarf Europas durch den Bau von Atomkraftwerken gedeckt und bis zu welchem Grad dabei

mit amerikanischer Unterstützung gerechnet werden kann. Dazu heißt es in der Erklärung: „Die Prüfung des Ausschußprogramms hat ergeben, daß die aufgestellten Pläne zu verwirklichen sind, Das Ziel, in den ersten Jahren nach 1960 die Brennstoffeinfuhr nach Europa zu stabilisieren, erfordert die Errichtung von Atomkraftwerken mit einer Kapazität von 15 Mill. Kilowatt innerhalb der nächsten zehn Jahre.“

Nenni erlitt eine Niederlage

Keine Vereinigung mit Sozialdemokraten?

Venedig (AP). Der linke Flügel der italienischen Nenni-Partei hat seit seinem Parteiführer eine unvorhergesehene Niederlage bereitet. Bei der Wahl zu dem aus 81 Mitgliedern bestehenden Zentralkomitee der Nenni-Sozialisten konnten die Anhänger Nennis an Stelle der erwarteten 50 nur 27 Sitze erringen.

Nach diesem unbefriedigenden Ergebnis besteht die Möglichkeit, daß Nenni, der einstige enge Verbündete der Kommunisten, der sich jetzt

Antwort höflich, aber bestimmt

Adenauer: Positive und negative Vorschläge der Bulganin-Botschaft

Bonn (Eigenmeldung). Bundeskanzler Dr. Adenauer wird auf die Botschaft des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin in der Form höflich, aber in der Sache sehr bestimmt antworten. Es hat in maßgebenden Kreisen keinen Augenblick in Zweifel gestanden, ob die Botschaft etwa die Grundlagen der Außen- und Wehrpolitik der Bundesregierung beeinflussen könnte. Allgemein wird in Bonn begrüßt, daß die Sowjetregierung ein so lebhaftes Interesse an einer Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zeigt.

Die Antwort darauf wird voraussichtlich lauten: Die Bundesrepublik ist bereit, zu einer solchen Verbesserung der Beziehungen beizutragen, auch durch eine Ausweitung des Handels und vielleicht durch den Abschluß eines Handelsabkommens, jedoch nicht durch einen Handels- und Freundschaftsvertrag. Auf der anderen Seite erwartet die Bundesrepublik aber eine entschiedene Änderung der sowjetischen Politik.

Dr. Adenauer hat in einer Unterredung mit der britischen

„News Chronicle“, die eigentlich nicht zur Veröffentlichung bestimmt war, den wesentlich freundlicheren Ton der Botschaft Bulganins begrüßt und eine teils positive, teils negative Beantwortung angekündigt.

Einer der Punkte, in denen die sowjetischen Auffassungen entschieden zurückgewiesen werden dürften, betrifft die Wiedervereinigung Deutschlands. Die Bundesregierung ist nach wie vor entschlossen, sich nicht auf den Umweg über Verhandlungen mit Pankow einzulassen. Sie wird die Sowjetregierung wahrscheinlich auffordern, neue konkrete Vorschläge für die Wiedervereinigung zu machen. In anderen Punkten erscheint maßgebenden Kreisen in Bonn dagegen eine fruchtbare Fortsetzung des Gesprächs möglich. Darüber wird sich der Bundeskanzler voraussichtlich auch mit dem Sowjetbotschafter Smirnow in Kürze wieder unterhalten. Als interessant empfindet man in Bonn den Hinweis, daß die Rückführung von Deutschen aus der Sowjetunion, die bisher von den Sowjets systematisch behindert wird, durch den Abschluß eines Konsularvertrages gefördert werden könnte.

unter Aufgabe aller Bindungen an den Kommunismus um eine Verschmelzung der beiden sozialistischen Parteien Italiens bemüht, den Posten des Generalsekretärs seiner Partei, den er acht Jahre lang innehatte, niederlegen muß. Politische Beobachter halten es auch für nahezu sicher, daß die Pläne für eine Vereinigung der Nenni-Sozialisten mit den Sozialdemokraten durch das Resultat der Wahl zum Zentralkomitee einen Rückschlag erlitten haben.

Kettenbriefe in Budapest

Das neue Grußwort: „Munk“ — Boykott-Aufrufe

Budapest (AP). In Budapest laufen zur Zeit Kettenbriefe um, in denen zum Boykott der kommunistischen Zeitungen und zu stillen Demonstrationen gegen die Anwesenheit der Sowjettruppen aufgerufen wird.

Die Verfasser der Briefe fordern ferner alle patriotischen Ungarn auf, am Jahrestag der ebenfalls von den Russen unterdrückten ungarischen Erhebung von 1848, dem 15. März, auf die Hauptstraßen der Städte zu gehen, am 4. April, dem Jahrestag der „Befreiung“ Ungarns durch Sowjettruppen, dagegen zwischen 9.00 und 15.00 Uhr in den Häusern zu bleiben. Die Empfänger der Briefe werden

ersucht, die Briefe zehnmal abzuschreiben und die Abschriften weiterzugeben.

Das neue Grußwort „Munk“, das aus den Anfangsbuchstaben dreier ungarischer Wörter zusammengesetzt ist, die „im März fangen wir wieder an“ bedeuten, findet offenbar immer weitere Verbreitung. Viele Budapestener antworten darauf mit „Mok?“, was bedeutet: „Warum nicht eher?“

Rheinreise — fast schon Verrat

Berlin (DPA). Wenn Sportler aus der Sowjetzone sich zur Karnevalszeit nach einem Besuch am Rhein sehnen, so dient das nach Ansicht der kommunistischen Jugendzeitung „Junge Welt“ nicht der Festigung der Arbeiter- und Bauernmacht. Die „Junge Welt“ kritisiert am Sonnabend die Betriebssportgemeinschaft „Motor Gohlis, Nord-Leipzig“, die in einer westdeutschen Fachzeitung annonciert habe, daß sie um die Karnevalszeit herum im westdeutschen Raum, am liebsten am Mittel- oder Niederrhein, einige Spiele austragen und sich den Rosenmontagszug einer größeren Stadt ansehen möchte. Die Zeitung fordert, daß „mit dertartigen Dingen“ Schluß gemacht werden müsse. Denn es sei doch das Geld der jungen Arbeiter, das von den Sportlern der Betriebssportgemeinschaften ausgegeben werde.

Schweden ist empört

Sowjetnote „abstoßende Heuchelei“

Stockholm (AP/DPA). Mit Empörung hat die schwedische Öffentlichkeit die sowjetische Note aufgenommen, in der es hieß, der schwedische Diplomat Wallenberg sei 1947 im Moskauer Lubjanka-Gefängnis an einem „Herzinfarkt“ gestorben.

Es wird sogar bezweifelt, daß Wallenberg tatsächlich tot ist.

Ein schwedischer Regierungssprecher nannte das Eingeständnis „in seiner Beweisführung dürftig“. Er deutete an, daß Schweden weitere Schritte unternehmen werde, um die Wahr-

Jetzt „Produktionslohn“

Budapest (AP). Die ungarische Regierung Kadar hat den „Produktionslohn“ in der Industrie eingeführt. Die Regierungsverordnung sieht vor, daß die Arbeiter in Zukunft keine festen Löhne mehr erhalten, sondern nur für die von ihnen hergestellten Gegenstände bezahlt werden.

Laut Radio Budapest erhofft sich das Regime von dieser einschneidenden Maßnahme eine Erhöhung der Produktion unter gleichzeitiger Senkung der Herstellungskosten.

Pankows Behauptung unhaltbar

Dietze zur Frage der Militärseelsorge

Berlin (Eigenmeldung). Als „unhaltbar“ hat der Präses der Evangelischen Synode Deutschlands, Professor v. Dietze, die Behauptung der Sowjetzonenregierung bezeichnet, daß der zwischen der Bundesregierung und der Evangelischen Kirche abzuschließende Vertrag über Militärseelsorge zumindest eine moralische Stärkung der NATO bedeute.

Professor v. Dietze sagte in einer Ansprache über den Sender Freies Berlin: „Für den Inhalt dieses Vertrages hat die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO gar keine Bedeutung. Er wird unverändert bleiben, auch wenn die Bundesrepublik aus der NATO ausscheiden oder die Wehrpflicht abschaffen würde.“ Die Evangelische Kirche komme nur ihrer Verpflichtung gegenüber den Christen nach, „die in irgendeiner Art vor dem Militärdienst stehen“.

Dietze teilte weiter mit, daß die Synode aus ihrer Tagung in Berlin-Spandau nicht nur zu

einem Vertrag mit der Bundesregierung über die Militärseelsorge Stellung nehmen, sondern auch versuchen werde, mit der Sowjetzonenregierung zu einer Abmachung über evangelische Seelsorge in den „Nationalen Streitkräften“ zu kommen. Der Präses verwies darauf, daß die Kirche nach der Verfassung der Sowjetzone Zeit und Ort der Synodaltagungen sowie die Tagesordnung in eigener Verantwortung zu bestimmen habe. Er bedauerte in diesem Zusammenhang, daß wegen der Forderungen der Pankower Regierung mit dem Brauch gebrochen werden mußte, die Synodaltagungen abwechselnd „in den getrennten Teilen Deutschlands“ zu halten.

heit über das Schicksal des Diplomaten aufzudecken.

Die große liberale Zeitung „Dagens Nyheter“ nannte das Schicksal des Diplomaten ein „Symbol für die Ungeheuerlichkeit der Tyrannei und den Wert der Freiheit“. Das Blatt fuhr fort: „Die Sowjetführer scheinen sich nicht darüber klar zu sein, daß jedermann daraus den Schluß ziehen muß, auf sowjetische Erklärungen könne man sich einfach nicht verlassen.“ Die Abendzeitung „Expressen“ bezeichnete den in der Sowjetnote enthaltenen Ausdruck des Bedauerns für Wallenbergs alte Mutter als eine „abstoßende Heuchelei“.

So sind sie wirklich:

Fremdwörter sind „Sabotage“

Wer einmal eine Pressekonferenz der Sowjetzonenregierung besuchte, kennt Fritz Beyling. Zuerst ist man versucht, den spießig wirkenden, untersetzten Mann mit der völlig unpassenden Hornbrille für einen der zahllos anwesenden Reporter zu halten. Bis man plötzlich merkt, daß dieser Mensch die Hauptfigur der Veranstaltung ist. Schwerfällig schiebt er sich auf das Podium, nicht lange nach dem Anfang seiner Rede und verliest dann in monotonem Singsang die offizielle Erklärung seiner Regierung, der er als „Leiter des Presseamtes beim Ministerpräsidenten der DDR“ angehört.

Eisler war „zu gerissen“

Wer vor Beylings Ernennung dessen Vorgänger Gerhart Eisler kannte, vermag sich nur schwer vorzustellen, welche Motive die SED zu jenem Personenwechsel bewegt haben. Aber das ist rasch erklärt: Eisler war — wie Ulbricht einmal sagte — „zu gerissen“. Er kommentierte das, was er zu verlesen hatte, auf eigene Art. Wie er die Dinge betonte und hervorhob, die geistreichen Zwiesgespräche, die er mit westlichen Zwischenrufern führte — das alles waren Dinge, die den geistig weniger beweglichen Parteiführern arg mißfielen. So schickten sie einen Eisler in die Wüste, um sich ausgerechnet einen Beyling dafür „einzuhandeln“.

Die Parteibiographen erwähnen diesen Mann nur selten und in widerspruchsvollen Angaben. Er ist heute etwa 55 Jahre alt. Sohn eines Mansfelder Bergarbeiters, wurde er 1922 Mitglied der KPD und gehörte zum engeren Kreis um die Familie des damaligen KP-Chefs Ernst Thälmann. Noch heute wohnt er mit dessen Witwe Ernst Thälmann unter einem Dach. Weger einer ungeklärten Spionage-Affäre — Beyling besaß Kontakte zur damaligen „Sowjetischen Handelsmission“ in Berlin — saß er schon vor 1933 vier Jahre in Haft. Später kam er in ein Konzentrationslager und verbrachte den Rest des Krieges als Soldat des Strafbataillons 999.

FRITZ BEYLING

Nach 1945 stellte er sich der sowjetischen Kommandantur Halle zur Verfügung und wurde von dieser als ländlicher Ortsbürgermeister eingesetzt. Dort machte er eine „Bodenreform auf eigene Faust“, verteilte den Boden enteigneter Bauernhöfe und erfuhr viel zu spät, daß die damalige KPD hier eigene Staatsgüter für sich beanspruchen wollte. Es folgte die Strafversetzung zur „Volkspolizei“, die ihn wegen Unfähigkeit entlassen mußte.

Nun begann Beylings „journalistische“ Laufbahn. 1948 wurde er Redakteur der SED-Zeitung „Freiheit“ in Halle. Ein Jahr später wurde er wegen „besonderer“ Verdienste um die Volkskorrespondenten - Bewegung“ in die Presse- und Agitations-Abteilung des SED-Zentralkomitees nach Ostberlin berufen. Hier oblag ihm die Kontrolle ländlicher SED-Zeitungen, die einen ideologisch geschulten Spürsinn, aber keinen journalistischen Geist mehr erforderte. Als die SED-Parteihochschule „Karl Marx“ — damals noch in Kleinmachnow — 1950 einen Nachwuchslehrgang für Redakteure eröffnete, wurde Beyling zu dessen Leiter berufen. Er scheiterte an der deutschen Sprache und an der Rechtschreibung, deren mangelnde Beherrschung seine Autorität zu untergraben drohte. So wurde der nun fast 50jährige Generalsekretär der VVN, der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“.

„Da brauchte nur abzulesen!“

Zu dieser Zeit machten leitende SED-Funktionäre bereits heftige Einwände gegen den aus Amerika importierten Zonen-Pressechef Gerhart Eisler geltend. Schließlich gelang es Eislers Stellvertreter, Kurt Blecha (SED), einem wendigen Antifa-Schüler, seinen Chef aus der Position zu drängen. Auch ihm aber mißtraute man im Zentralkomitee, zumal Blechas Frau als Stellvertreterin des ostberliner Oberbürgermeisters Ebert und eigentliches Stadtoberhaupt bereits eine gefähr-

liche Machtfülle besaß. So fiel nach Blechas kurzem Interregnum die Wahl auf Beyling. Inzwischen hatte man nämlich die VVN aufgelöst und in ein „Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer“ mit neuer Führung umgebildet. Beyling war „frei“, und kurzerhand schob man ihn auf Eislers nur kommissarisch verwalteten Posten.

Der damalige Chef der SED-Presselenkung, Rudi Wetzell, tröstete den Ängstlichen: „Das ist gar nicht so schlimm! Du bekommst das alles fertig im Manuskript und dann — brauchste nur abzulesen!“

„Bestraft den Kerl!“

Beyling nahm seine neue Funktion tierisch ernst. Er besaß nicht die zynische Leichtigkeit eines Eislers oder die Durchtriebenheit seines nunmehr wieder zum Stellvertreter degradierten Kollegen Blecha. Bereits bei seinem zweiten Debit brachte ihn ein Tippfehler im Manuskript und einige Fremdwörter außer Fassung. Außer sich vor Wut und Empörung schoß er nach der „Vorstellung“ in sein Sekretariat: „Wer hat das gemacht? Bestraft den Kerl!“ Der „Kerl“ war eine angstschlotternde FDJ-Redakteurin, die aus Beylings Schule hervorgegangen war!

Nur nicht festlegen!

Inzwischen hat sich das alles ein wenig beruhigt. Pressekonferenzen sind in Ostberlin nicht mehr allzu häufig, weil die SED-Regierung weder ihren Untertanen noch den westlichen Zeitungsvertretern Sonderliches zu sagen hat. Auch die SED-Funktionäre lächeln längst nicht mehr über den kuriosen Mann, der stets vier Stunden vor seinem Auftritt das Manuskript auswendig zu lernen versucht, um dann doch vom Blatt abzulesen. Ganz witzlos wäre es jedoch, von ihm außer der Reihe eine Auskunft zu verlangen. Jeden Fragesteller schickt er ängstlich direkt zum Zentralkomitee: „Fragen Sie dort, ich möchte mich nicht voreilig festlegen!“ Es scheint, der alternde Allround-Funktionär hat vorerst der Irrfahrten genug...

Kollektiver Wehrsport

Hinter den Kulissen des „Deutschen Turn- und Sportbundes“

Mit Bestürzung haben die Sportler der Sowjetzone in der vergangenen Woche von der beabsichtigten Gründung des „Deutschen Turn- und Sportbundes“ Kenntnis genommen. Bereits der vom „Staatlichen Komitee für Körperkultur und Sport“ vorgelegte Entwurf beweist, daß es sich hier um eine zentral gesteuerte kommunistische Organisation handelt, die mit autoritärer Gewalt das gesamte Sportleben der Zone an sich reißen möchte. Künftig wird es nicht mehr möglich sein, eigene Sportgruppen nach den Wünschen und Ansichten der Mitglieder aufzuziehen. Jede sportliche Veranstaltung wird von oberster Stelle her geplant und genehmigt werden. Der Sport wird zur „gesellschaftlichen Betätigung“, man wird zum Fußball-Turnier wie zu einer Parteiveranstaltung gehen.

Wie aber konnte es zu einer solchen Entwicklung kommen? Blicken wir noch einmal zurück. Sofort nach dem Krieg wurde in der Sowjetzone jede sportliche Betätigung in Gruppen oder Vereinen verboten, alle Sportvereine wurden aufgelöst. Am 1. Oktober 1948 gründeten FDGB und FDJ den „Deutschen Sportausschuß“. Der Sport wurde eine Angelegenheit der „Betriebssportgemeinschaften“ (BSG), der „SV Traktor“ — ländlicher zentraler Sportorganisationen — und der „SV Wissenschaft“, der Pflicht-Sportgemeinschaften an den Hochschulen.

Ulbricht: „I. Sportler“

Am 24. Juli 1952 wurde das „Staatliche Komitee für Körperkultur und Sport“ gebildet. Es stand im Range eines Staatssekretariates mit eigenem Geschäftsbereich und wurde von dem SED-Funktionär Manfred Ewald angeleitet. Ulbricht sicherte sich durch einen Verwaltungstechnischen Trick die direkte Unterstellung dieses Staatssekretariats unter sein „Büro des Stellvertretenden Ministerpräsidenten“ und avancierte offiziell zum „I. Sportler der DDR“.

Die Folge war, daß die Bezirks-, Kreis- und Stadt-Komitees für Körperkultur und Sport über Nacht staatliche Organe wurden. Damit war der Sport eine ausschließliche Angelegenheit oberster Regierungsorgane geworden. Kein Bürger besaß nunmehr die Möglichkeit, außerhalb des Einflusses von Partei und Regierung noch irgendeiner sportlichen Betätigung nachzugehen. Die Zwangs-kollektivierung des Sportwesens

reichte bis hinunter zum Kegelklub und zum Billardverein.

Nicht mehr „Selbstzweck“

Mit der am 7. August 1952 erfolgten Gründung der „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST) trat der Wehrsport auf den Plan. Die Sportgemeinschaften waren gezwungen, neben ihren rein sportlichen Disziplinen auch Schießunterricht und Geländeausbildung aufzunehmen. Jede andere „überparteiliche Massenorganisation“ — denn als solche gab sich die „Demokratische Sportbewegung“ fürderhin aus — wäre daraufhin sang- und klanglos auseinandergefallen.

Von jenem Zeitpunkt an dатиerte die Jagd nach dem Rekord. Der Sport sollte nicht mehr „Selbstzweck“ sein, er sollte der „sozialistischen Erziehung“ und der „Stärkung der Verteidigungsbereitschaft“ dienen.

Was soll werden?

Die Tatsache, daß sich sämtliche Sportanlagen und -geräte im Besitz dieser staatlichen Organisation befanden, gab den Sportlern bald keine Ausweichmöglichkeit mehr. So unternahm sie einen letzten Versuch: Es bildeten sich einzelne BSG's und SV's, die den Charakter früherer Sportvereine wieder aufnahmen. Sie trainierten auf absolut sportliche Weise, verstanden es, sich vom Wehrsport freizuhalten und setzten sich in vielen Meisterschaftsspielen erfolgreich durch. Die Möglichkeit, an Stelle des Polit- und Schieß-Unterrichts ein gutes Training zu setzen, gab ihnen größere Chancen. In vielen Städten und vor allem auf dem für die Sportfunktionäre weniger zugänglichen Lande fand

SSD, erhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

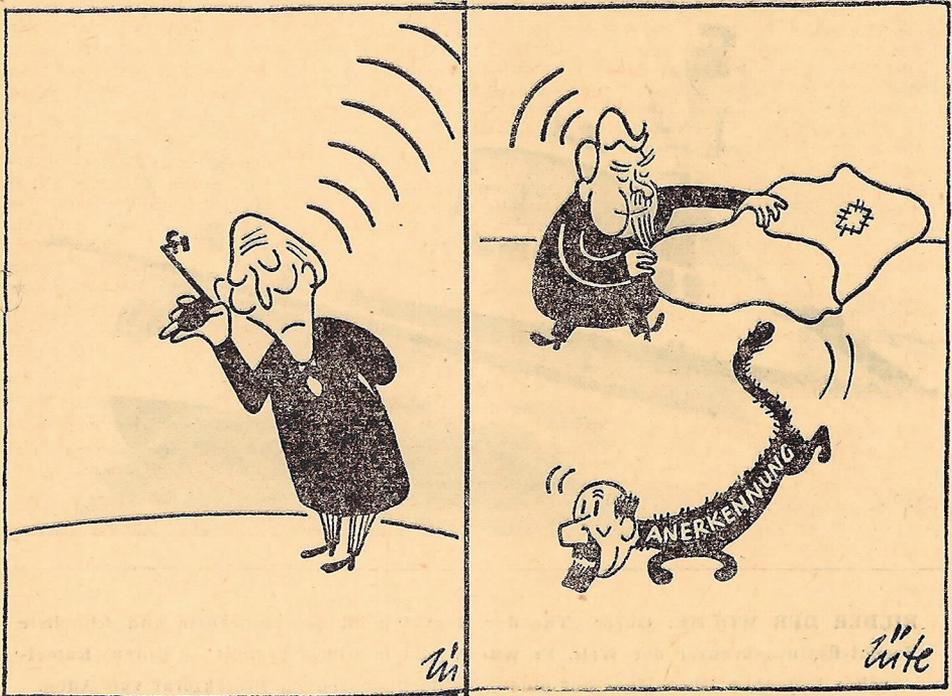
nen. Bald gab es kaum noch einen erkennbaren Unterschied zwischen „Profis“ und Amateuren. Sportler wie Tüve Schur und Christa Stubnick übten ihre Berufe nur noch stundenweise oder formell aus, in Leipzig — auf der Hochschule für Körperkultur — wurden „Zatopeks“ gezüchtet und bereits die Kinder besaßen nicht mehr die Möglichkeit, „unorganisiert“ zu spielen oder zu turnen.

dieses Beispiel begeisterte Nachahmung. Am echten Sportgei an der Liebe zum unpolitischen Sport, drohte somit der SED-Plan zu scheitern.

Als nach den letzten Olympischen Spielen die neue Jagd nach Rekorden einsetzte, befahl Ulbricht daher die Auflösung der „den gesellschaftlichen Interessen widersprechenden BSG's“. Eine neue, zentrale Sportorganisation sollte gegründet werden und neue, nach streng politischen Spielregeln aufgestellte BSG's und SV's sollten die „Organisationen der Nur-Sportler“ ersetzen.

Jetzt ist es soweit. Noch in diesem Frühjahr wird der Deutsche Turn- und Sportbund gegründet. Endlich ist auch der Sport „totalorganisiert“.

Bulganins Botschaft an Adenauer



Ein neuer „Ton“ ...

... Nein, die alte Katze aus dem Sack!

Neue Sowjetnote

Fortsetzung von Seite 2

einen gehörigen antisowjetischen Schock versetzt hatte. Das beweist nicht nur der gemäßigte „neue Ton“ (der übrigens den SED-Rednern manche Schwierigkeiten machen dürfte, falls sie ihn übernehmen müssen), sondern auch die Beteuerung Schepilows, die Beziehungen Moskaus zu seinen Satelliten basierten auf dem Prinzip der gegenseitigen Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Siehe Ungarn!

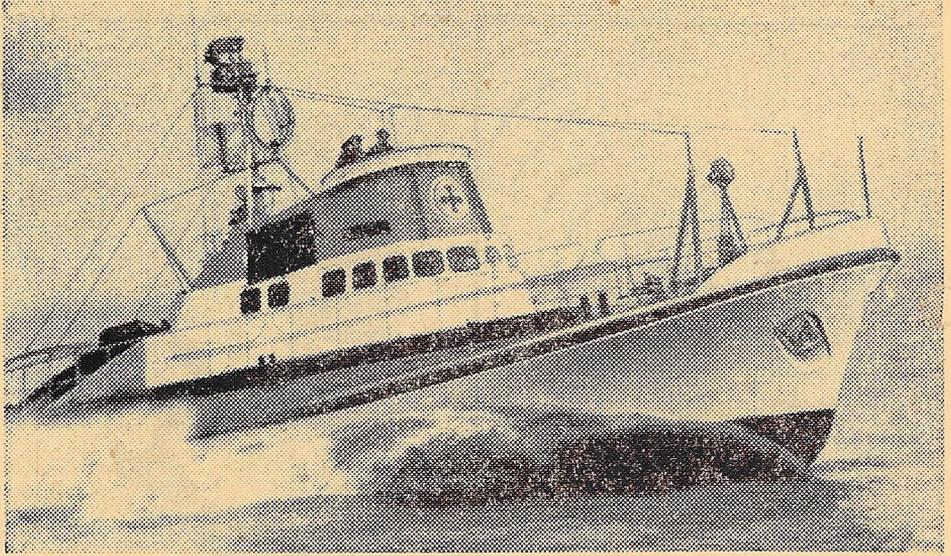
Wenn die Bulganin-Botschaft den Zweck verfolgt, Deutschland von Amerika zu trennen, ist die neue Sowjetnote gegen die Eisenhower-Doktrin für den Nahen Osten gerichtet; auch die Araber sollen von Amerika getrennt werden. Moskau fürchtet das Anwachsen des amerikanischen Einflusses im Nahen

Osten um so mehr, als nach dem Besuch König Sauds in Washington die Stimmung für die USA in der arabischen Welt sich zusehens verbessert. Daß die westliche und besonders die amerikanische Reaktion auf die Sowjetnote negativ sein würde, mußten die Sowjets einkalkulieren, doch viel mehr kommt es ihnen eben auf die Reaktion der Araber selbst an. Diese muß nun abgewartet werden. Bulganin-Botschaft wie Note haben also einen doppelten Zweck: die Sowjetunion wieder als friedlichen Verhandlungspartner auszuweisen, gleichzeitig aber auch neue schwere Geschütze gegen die westlichen Kontrahenten aufzufahren. Das ist eine Diskrepanz, ein bedenkliches Doppelspiel mit wenig Aussicht auf wirkliche entspannende Erfolge.

Amerikanische KP geht eigenen Weg

New York (AP). Die kommunistische Partei der Vereinigten Staaten hat auf ihrem Parteitag in New York die unabdingbare Gefolgschaft Moskaus aufgekündigt und mit überwältigender Mehrheit der Delegierten beschlossen, die marxistisch-leninistischen Lehren nach ihren eigenen Erfordernissen auszulegen.

In der Resolution heißt es, die Partei werde die Lehren „in Übereinstimmung mit den Erfordernissen des amerikanischen Klassenkampfes und der demokratischen Traditionen“ anwenden. Parteisprecher haben wiederholt erklärt, dieser Beschluß komme einer „Unabhängigkeits-erklärung“ gleich, die zu einem „amerikanischen Weg zum Sozialismus“ hinführen solle.



BILDER DER WOCHE: Oben: „Theodor Heuss“ heißt der modernste und schnellste Seenot-Rettungskreuzer der Welt. Er wurde jetzt in Dienst gestellt. — Unten: Kamelreiter bewachen Düsenjäger auf einem Militärflyghafen im Protektorat von Aden.

